

Bitkom

Unternehmensbefragung zur Digitalisierung

[03.11.2023] Eine Unternehmensbefragung des Digitalverbands Bitkom hat unter anderem ergeben, dass alle Unternehmen nach wie vor gezwungen sind, mit Behörden per Brief oder Fax zu kommunizieren. Sie fordern deshalb von der Politik, die Digitalisierung zur Top-Priorität zu machen.

In einer repräsentativen Unternehmensbefragung des Digitalverbands Bitkom haben jetzt alle Unternehmen angegeben, dass sie regelmäßig per Brief oder Fax mit Behörden kommunizieren müssen. Wie der Bitkom mitteilt, kommuniziert keines der 604 befragten Unternehmen ausschließlich digital mit Behörden, aber drei von zehn (31 Prozent) wickelten die Kommunikation überwiegend digital ab. 60 Prozent müssten jedoch ebenso häufig analoge wie digitale Kommunikationswege wählen, sieben Prozent seien sogar gezwungen, überwiegend analog zu kommunizieren. Drei Viertel der Unternehmen (74 Prozent) gaben an, dass sie häufig digitale Dokumente ausdrucken müssen, um mit der Verwaltung zu kommunizieren. Entsprechend kritisch falle das Urteil über den Stand der Digitalisierung in deutschen Behörden aus: Die Verwaltungen bekämen von der deutschen Wirtschaft in Sachen Digitalisierung die Schulnote ausreichend (4,0), wobei kein Unternehmen ein sehr gut vergebte, aber rund jedes vierte (23 Prozent) ein mangelhaft, 13 Prozent sogar ein ungenügend.

Digitalisierung soll Top-Priorität werden

Acht von zehn Unternehmen (83 Prozent) sähen in der mangelnden Digitalisierung der Verwaltung einen internationalen Standortnachteil, neun von zehn (94 Prozent) auch einen Hemmschuh für die Digitalisierung des eigenen Unternehmens. Während jedes fünfte Unternehmen (20 Prozent) der Meinung sei, dass die öffentliche Verwaltung in Deutschland hervorragend funktioniere, hielten 81 Prozent sie für zu träge. Und 94 Prozent forderten, die Politik solle die Digitalisierung der Verwaltung zur Top-Priorität machen.

Fragt man die Unternehmen, welche Verwaltungsdienstleistungen sie bereits digital genutzt haben und welche sie in Zukunft digital nutzen wollen, so zeige sich ein großes Potenzial für digitale Verwaltungsdienstleistungen. Bei der Nutzung stehe die Kfz-An-, Um- oder Abmeldung an erster Stelle (30 Prozent/51 Prozent wollen sie zukünftig nutzen), gefolgt von der steuerlichen An- oder Abmeldung des Unternehmens (27 Prozent/49 Prozent). Abmeldung des Unternehmens (27 Prozent/49 Prozent). Dahinter folgten die Produktkennzeichnung und -zulassung (23 Prozent/44 Prozent), die Meldung von Erneuerbare-Energien-Anlagen (15 Prozent/60 Prozent) sowie Visa-Angelegenheiten oder die Beschäftigung und Entsendung von Fachkräften (15 Prozent/44 Prozent). Schlusslichter bei der aktuellen digitalen Nutzung seien der Bauantrag (neun Prozent/44 Prozent), die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (sieben Prozent/42 Prozent) und die Feststellung der Patentfähigkeit beziehungsweise die Erteilung eines Patents (sechs Prozent/33 Prozent).

Smart Country Convention

Die Digitalisierung der Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen voranzutreiben und die Entwicklung smarter Städte und Regionen zu unterstützen, sei auch Ziel der Smart Country Convention, die vom 7. bis 9. November auf dem Berliner Messegelände stattfindet ([wir berichteten](#)). Die Kombination aus Kongress, Workshops, Expo und Networking richte sich an Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung,

Digitalwirtschaft, Verbänden und Wissenschaft – mehr als 12.000 Besucherinnen und Besucher werden erwartet. Veranstalter sind der Digitalverband Bitkom und die Messe Berlin.

(th)

Stichwörter: Politik, Bitkom, Smart Country Convention